

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 1/51. Jahrgang

Januar 2020

Schutzgebühr: 0,40 €

Begünstigungspolitik vor Ort: Winterzauber – entzaubert

„Winterzauber“ heißt der neue Kommerz- und Konsum-Weihnachtsmarkt an der Adenauer-Brücke, der vom umtriebigen Eventmanager und „Strandbar“-Betreiber Trageser aus Alzenau dieses Jahr organisiert wurde. Mit Zauberei hat es aber nichts zu tun, dass er die Genehmigung der Gießener Stadtregierung bekam. Denn seine Fürsprecher, der Gießener Gartenamts-Vize Wiemer und die grüne Ex-Bürgermeisterin Weigel-Greilich mitsamt Förderverein, erinnern sich wohl immer wieder gerne an Tragesers Mithilfe beim Aufbau der Partymeile an der Ringallee im und am Landschaftsschutzgebiet „Wieseck-ae“.

Und so wurde vom Gartenamt die Genehmigung für Tragesers Idee aus-

gesprochen, obwohl Gießen über einen traditionellen Weihnachtsmarkt in der Innenstadt verfügt, der jedes Jahr von der Oberbürgermeisterin eröffnet werden darf.

Anstatt diesen Weihnachtsmarkt auf solide Füße zu stellen und die vielfältige Kritik an der Protektionspolitik der „Stadtmarketing GmbH“ aufzuarbeiten, wurde ein neuer skandalöser Fall geschaffen.

Auf Anfrage von Michael Janitzki („Gießener Linke“) im Stadtparlament wurde offenbar, dass Trageser (wieder mal) ein „Schnäppchen“ (GAZ) gemacht hat. Er musste nur knapp 400 Euro für den gesamten „Bier-Budenzauber“ hinblättern. Normal-Sterbliche

(Fortsetzung auf Seite 2)

Inhalt:

Klimanotstand/Abtreten, Frau W.-G.	S.2
§ 219a/Ausländerbeirat/Israel	S.3
UKGM/Was darf ein Leben kosten?	S.4
BVerfG, Hartz-IV u. Sanktionen	S.5
Kuba/Venezuela/Stadtbücherei	S.6
DKP Hessen/Nord-Stream 2	S.7
Termine/„Rechte“-Demo/USA-Iran	S.8



Klare Worte von OB Grabe-Bolz

Der 75. Jahrestag des Bombenangriffs auf Gießen am 6. Dezember wurde mit vielen Reden und einer beeindruckenden Ausstellung von Schülerinnen und Schülern der Ostschule in der Kongresshalle begangen. Bemerkenswert war die Rede von OB Grabe-Bolz (SPD) am Gedenkstein auf dem Kirchenplatz, in deren Mittelpunkt diesmal nicht nur das Erinnern stand, sondern auch der Blick in die Zukunft gerichtet wurde. Der GA schrieb dazu: „Vor dem Hintergrund der besonderen historischen Verantwortung appellierte die OB an die Bundesregierung von Überlegungen der Ausweitung militärischer Einsätze im Ausland abzusehen und vielmehr Dialog und Kooperationsbereitschaft zu suchen.“

Die neue CDU-Kriegsministerin Kramp-Karrenbauer dagegen geht voll auf Kriegsvorbereitung: Verdoppelung der Rüstungsausgaben, Bundeswehr ins chinesische Meer, ein „robusterer“ Einsatz in Somalia und selbstverständlich Teilnahme am bisher größten Manöver „Defender 2020“ im Frühjahr, mit dem die volle Drohkulisse direkt an der Grenze zu Russland aufgefahren wird.

Für Frieden und Sozialismus!



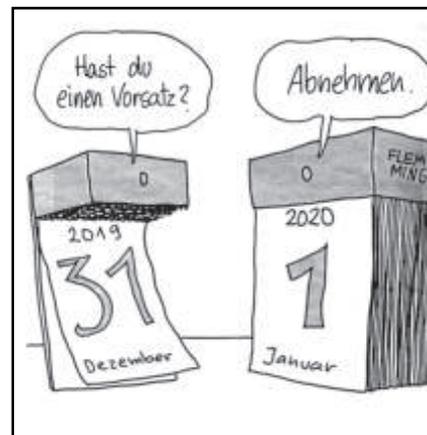
Klimanotstand – und was nun?

Städte, Staaten und jetzt auch die ganze EU haben den Klimanotstand ausgerufen. Die EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen verkündigte einen „Green Deal“, mit dem der Klimawandel gestoppt werden soll. Sieht man genau hin, so sieht man aber schnell: Alles nur Symbolpolitik und Täuschungsmanöver, mit denen Fridays for Future und allen anderen Aktivisten der Wind aus den Segeln genommen werden soll.

Schöne Ankündigungen für 2035 oder 2050, wenn keiner der heute Verantwortlichen mehr zur Rechenschaft gezogen kann, aber keine wirksamen Sofortmaßnahmen für heute und morgen. Der „Green Deal“ der EU ist nichts weiter als ein von der Bevölke-

rung bezahltes Subventionsprogramm, mit dem Konzerne für das Grünfärben ihrer Geschäfte satte Profite erzielen können. Tatsächlich setzen die Konzerne weiter auf Wachstum – immer mehr Energie, mehr Rohstoffverbrauch, mehr Gewinn. Die deutschen Autokonzerne, die mehr als 20% aller weltweit hergestellten Autos produzieren, erzielen immer höhere Umsätze mit immer schwereren, leistungsstärkeren und mehr Sprit saufenden SUVs.

Mit jedem E-Auto, das sie ins Programm aufnehmen, können sie den höheren CO₂-Ausstoß dieser Wagen auf dem Papier ausgleichen. Die Luftfahrtindustrie, Hersteller und Fluggesellschaften, rechnen auch weiterhin



mit einer Verdopplung der Passagierzahlen und Flugkilometer alle 15 Jahre. Sie kündigen an, irgendwann mal mit klimaneutralen Kraftstoffen zu fliegen, die mittels regenerativer Energie oder aus Pflanzen hergestellt werden sollen.

Sie sponsern entsprechende Forschungsvorhaben, aber eine Massenproduktion steht in weiter Ferne. Die Öl- und Gaskonzerne denken nicht daran, ihre Förderung zu reduzieren. Weltweit sind neue Pipelines in Planung, werden neue Lagerstätten erschlossen.

Für neue Öl- und Gasfelder riskieren sie bzw. die dahinterstehenden Staaten sogar Kriege. Die Triebfeder der kapitalistischen Wirtschaft ist Wachstum und der damit erzielte Profit – ohne die Brechung der Macht der Monopole wird der Klimawandel nicht zu stoppen sein.

Gernot Linhart



(Fortsetzung von Seite 1)

Winterzauber

Glühweinstand-Betreiber haben dagegen zwischen 2000 und 4000 Euro an der Backe, laut Standgebührenordnung.

Und „The same Abzocke as every year“ bei Trageser: Wer etwas trinken will, muss eine Tasse kaufen. Außerdem kassiert Trageser von seinen 20 Buden jeweils bis zu 1500 Euro Standmiete, wie unsere Recherchen ergaben. - Ein Hauptbeteiligter ist wohl die Bitburger „Licher“ Brauerei mit einer „Licher XXL Almhütte“. Außerdem sorgte „BID-Seltersweg“- und Darre-Chef Ebert an der sanierungsbedürftigen Adenauer Brücke für die notwendige Illumination.

Wir werden sicherlich von diesem Klüngel weitere Events in Gießen erwarten können. Auf unsere Kosten! Garantiert! Auf ein schönes Neues Jahr! M.B.

Abtreten, Frau Weigel-Greilich!

Was haben Ex-Kriegsministerin von der Leyen, Verkehrsminister Scheuer und Gießens Ex-Bürgermeisterin Weigel-Greilich gemeinsam?

Allen ist es vollkommen egal, ob sie unsere Steuergelder zum Panzerrohr bzw. zum Schornstein hinausjagen. Alle haben keine Skrupel, öffentliche Gelder sinnlos in private Hände wandern zu lassen.

Alle haben den Neoliberalismus mit Löffeln gefressen.

Die eine fütterte Gutachter und die Kriegsindustrie mit unserem Geld. Der andere lässt Millionen in die Taschen der Maut-Lobbyisten fließen. Und Weigel-Greilich steckte Millionen öffentlicher Gelder in eine Landesgartenschau, um die Profite der privaten Wirtschaft zu vermehren.

Sie ließ Hunderte von gesunden Bäumen fällen, um Sichtachsen zu konstruieren. Private Investoren der Bauwirtschaft hatten bei ihr freie Bahn, um Bäume nach Gutdünken zu fällen.

Als Vorstandsmitglied der Hessischen Wasserbetriebe half sie mit, tiefe Schneisen in den Schifflinger Wald zu fräsen - für eine öffentliche Wasserleitung, die in Frankfurt Wasser an eine privatwirtschaftlich geführte GmbH verhökerte.

Frau Weigel-Greilich verschleudert öffentliche Steuergelder, indem sie mit ihrem „Förderverein“ ihr genehme Geschäftsleute bevorzugt.

Frau Weigel-Greilich ist eine Zumutung für Gießen! Sie muss zurücktreten!

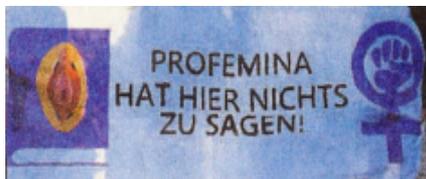
M. Berger

Prozess Kristina Hänel: Das Politische ist persönlich - verloren und doch gewonnen

Die Ärztin Kristina Hänel wurde auch im zweiten Anlauf vor dem Gießener Landgericht nach § 219a wegen Werbung schuldig gesprochen. Hänel dürfe weiterhin nur veröffentlichen, dass sie Abtreibungen durchführe, darüber hinaus aber keine weiteren Angaben zu einem ansonsten erlaubten Eingriff machen.

Fachliche Informationen sind aber keine Werbemaßnahmen. In Fachzeitschriften darf Hänel über die Durchführung von Abtreibungen berichten, diese Artikel aber nicht auf ihrer Homepage teilen. Der vermeintliche Schutz des ungeborenen Lebens kollidiert mit

den Grundrechten Hänel über Berufs- und Meinungsfreiheit sowie das Grundrecht der betroffenen Frauen auf Informationsfreiheit.



Mit dieser Losung wurde am 14. Dezember in Gießen gegen die §§ 218/219 sowie gegen die frauenfeindliche Propaganda der Evangelischen Allianz demonstriert.

Auch die Berliner Frauenärztin Bettina Gaber wurde im Dezember vom Berliner Amtsgericht verurteilt. Jetzt ist der Weg frei zum Bundesverfassungsgericht, um für die Streichung des verfassungswidrigen Strafrechtsparagrafen zu kämpfen.

Auch Kristina Hänel hofft, dass die Verfassungsbeschwerden angenommen werden.

Die DKP unterstützt den Kampf für die Gesundheit und Selbstbestimmung schwangerer Frauen, gegen §218 und §219 und solidarisiert sich gegen die Kriminalisierung von Ärzten.

Martina Lennartz



CDU/Grüne in Hessen contra Ausländerbeiräte

Fast überall, wo die AfD in Stadtparlamenten und Kreistagen vertreten ist, agiert sie gegen die gewählten Ausländerbeiräte. Sie beantragt deren personelle Verkleinerung und Beschneidung deren eh schon geringen Rechte. Erfolg hat die AfD damit nur selten. Die Landesregierung aus CDU und Grünen kommt ihr jetzt aber sehr entgegen. Sie hat ein Gesetz vorgelegt, nach dem Städte und Kreise entscheiden können, ob sie weiterhin gewählte Beiräte wollen oder diese durch ernannte Kommissionen ersetzen. Diese Kommissionen tagen im Gegensatz zu Beiräten nicht öffentlich, ihre Tätigkeit soll sich auf die Förderung der Integration von Migranten beschränken. Gespräche mit den Betroffenen fanden vor der Gesetzesvorlage nicht statt. Zur traditionell ausländerfeindlichen hessischen CDU passt dieser Vorschlag, die Grünen sind wieder mal treue Partner.

Gernot Linhart

Nachtrag zur Kritik an Israel

Damit haben die empörten „Antisemitismus“-Schreier nicht gerechnet, als sie im vergangenen Jahr über den Stadtverordneten der Linksfraktion Michael Beltz (DKP) herfielen. Er hatte es gewagt, die vorbehaltlose Unterstützung des Staates Israel zu kritisieren, der „eine Minderheit quält“. Auf der Straße, durch Anrufe und in Leserbriefen wurde ihm eine Solidarität zuteil – wie seit seinem drohenden Berufsverbot als Lehrer Anfang der 70er Jahre nicht mehr. Als er sich deswegen bei Burkhard Möller, der sich als Scharfmacher bei der GAZ besonders hervorgetan hatte, bedankte, war das dem gar nicht so recht. Neben den USA ist es Israel, das seit Jahrzehnten UNO-Beschlüsse miss-

achtet, die Palästinenser brutal unterdrückt, ihren Lebensraum nimmt und die Lebensbedingungen unerträglich macht.

Neben den USA ist es Israel, das seit Jahrzehnten das Völkerrecht missachtet, andere Länder bebombt und gezielt Menschen tötet – ermordet.

Jüngste Beispiele: der Krieg der USA gegen den Iran und die Unterstützung durch Israel. Umgekehrt hat Trump gerade die völkerrechtswidrige Besetzung der palästinensischen Gebiete durch Israel als legal anerkannt.

Die westliche Wertegemeinschaft schweigt – und wenn mal Kritik gewagt wird... gibt es zum Glück noch Menschen, die dem darauf folgenden Lamento entgegenreten.



UKGM: Vorkaufsrecht des Landes abgelaufen

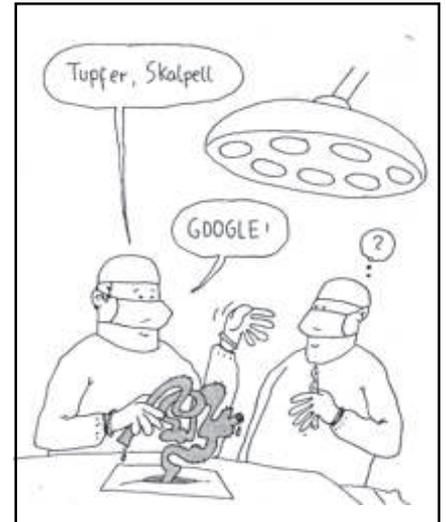
Am Uniklinikum Gießen/Marburg (UKGM) fängt das neue Jahr so an wie das alte geendet hat: Es herrscht Pflegenotstand. Die Betriebsräte weisen immer wieder auf die Missstände hin, die Geschäftsleitung und die Rhön-Kliniken AG wiegeln ab.

Die Landesregierung hat mit ihrem Verkauf vor über 14 Jahren den Zustand verschuldet. Sie hat noch einen Anteil von 5% und ist nach wie vor Dienstherr der Ärzte und Wissenschaftler und sollte zu ihrer Verantwortung stehen.

Die Wissenschaftsministerin Andrea Dorn (Grüne), die früher mal gegen die Privatisierung war, hat verhindert, dass bei der Anhörung im Landtag die Beschäftigten der Klinik selbst reden

durften. Sie hat bis jetzt noch kein einziges Mal mit den Betriebsräten gesprochen, sondern die beschwichtigenden Auskünfte der Rhön AG für bare Münze genommen. Der dem Land zustehende Sitz im Aufsichtsrat wurde nie besetzt. Von Jahr zu Jahr schießt die Landesregierung höhere Millionenbeträge zu für Investitionen und für Forschung und Lehre, ohne dass sich die Lage verbessert. Fürs neue Jahr hat die Ministerin angekündigt, sie wolle sich des Problems annehmen und mit der Geschäftsführung ernsthaft verhandeln. Die Einbeziehung der Betriebsräte ist anscheinend nicht geplant.

Mit Ablauf des Jahres 2019 ist das Vorkaufsrecht des Landes abgelaufen.



Wenn die Rhön AG jetzt beschließt, das UKGM zur Profitmaximierung an einen anderen privaten Klinikbetreiber zu verkaufen, hat die Landesregierung keine Möglichkeit mehr, Einfluss zu nehmen. Unter den auf diesem Gebiet tätigen Investoren gibt es einige, für die Profit noch wichtiger ist als für die Rhön AG. Eines Tages könnten Heuschrecken wie Blackrock das Sagen haben an dem für die Region so wichtigem Klinikum. Krankenhäuser gehören nicht in die Hand von privaten Profitjägern, sondern in öffentliche oder gemeinnützige Verantwortung. Es sollten alle Möglichkeiten ergriffen werden, um die Privatisierung rückgängig zu machen.

Gernot Linhart



Was darf ein Leben kosten?

Am Uniklinikum in Marburg gibt es ein Zentrum für eine neuartige Strahlentherapie (Partikeltherapie), mit der Tumore millimetergenau bestrahlt werden können ohne das umliegende gesunde Gewebe zu schädigen. Für einige Tumorarten, u.a. bestimmte Hirntumore, ist das die beste, oft sogar die einzige Therapie mit Heilungschancen.

Allerdings ist sowohl der Bau als auch der Betrieb dieser Anlage um ein Vielfaches teurer als herkömmliche Bestrahlungsgeräte. Deswegen zählt diese Behandlung noch nicht zu den regulären Kassenleistungen. Fast alle Krankenkassen haben aber mit dem Betreiber, der Rhön-Kliniken AG, einen Vertrag geschlossen, nach dem die Therapie im Rahmen einer Studie bezahlt wird. Für die Patienten fallen

aber auch Fahrkosten an, da sie in der Regel ambulant behandelt werden und dazu sehr oft dorthin fahren müssen. Einige Kassen weigern sich, diese Kosten ebenfalls zu übernehmen. Ein uns bekannter Patient bekam einen Ablehnungsbescheid, der zynischerweise mit guten Wünschen für die Zukunft endete – damit sieht es ohne die Therapie aber sehr schlecht aus. Der Arztbrief an die Krankenkasse endet: „Hier geht es um Lebenszeit. Der Patient hat nicht mehr viel davon!“ Gleiches Gerangel gab es um die Fahrkosten von Gießen nach Marburg. Hier hatte er noch mal Glück. Da er Hartz-IV-Bezieher ist, übernimmt das Jobcenter die Kosten in Höhe von 130 Euro pro Behandlung. Aber was ist, wenn es jemanden trifft, der selber zahlen müsste und nicht kann? G.L.



Hartz-IV-Sanktionen: Bundesverfassungsgericht widerspricht sich selbst

Am 5. November hatte das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) zu Hartz IV geurteilt:

1. „Der verfassungsrechtlich garantierte Leistungsanspruch auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums erstreckt sich auf die unbedingt erforderlichen Mittel... zur Sicherung sowohl der physischen Existenz als auch zur Sicherung eines Mindestmaßes an Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben.“



2. Die drakonischen Kürzungen des Regelsatzes (von bisher bis zu 100%) sind „derzeit unverhältnismäßig“. – Ein Teilsieg für Millionen Betroffene, Kürzungen um bis zu 30% aber weiterhin möglich!

Nun wissen eigentlich alle, dass bei einem Regelsatz von 432 Euro (ab Januar 2020) die unter 1. genannten Kriterien nicht erfüllt sind, erst recht nicht, wenn dieser Betrag noch um 30% gekürzt wird. Mit anderen Worten, auch das BVerfG selbst stellt fest: Hartz-IV ist verfassungswidrig! Es verstößt gegen die unantastbare Würde des Menschen, die in Artikel 1 des Grundgesetzes garantiert ist.

Dieser offensichtliche Widerspruch lässt die Verfassungsrichter als Diener ihrer Herren aber ebenso kalt wie die SPD-geführten Hartz-IV-Behörden, die noch bis Ende November nach Hintertüren suchten, um die Sanktionsbegrenzung zu umgehen. Erst nachdem ihre Pläne durchgesickert waren, sah sich Arbeitsminister Heil (SPD) genötigt, seine Beamten zurückzupfeifen.

Eine weitere Hintertür steht im Urteil selbst mit dem Begriff „derzeit unver-

hältnismäßig“ offen. Was „unverhältnismäßig“ ist, bestimmen immer noch die Herrschenden und ihre Parteien – wann immer sie wollen und stark genug sind. Bisher halten SPD/CDU/CSU generell an den Sanktionen fest. Und die AfD sieht gar in ihrer Abschaffung den „Müßiggang zur Staatsraison“ erklärt.

Die unsäglichen Hartz-IV-Gesetze verstoßen jedoch nicht nur gegen Artikel 1 des GG, sondern u. a. auch gegen Artikel 12 (freie Berufswahl, Verbot der Zwangsarbeit), Artikel 11 (Freizügigkeit), Artikel 13 (Unverletzlichkeit der Wohnung).

Mit der Forderung nach Abschaffung der Sanktionen allein darf es nicht getan sein. Hartz IV muss weg und das Arbeitslosengeld 1 auf Dauer weitergezahlt werden. Darüber hinaus sind notwendig:

Verkürzung der Wochenarbeitszeit, Senkung des Renteneintrittsalters und ein Investitionsprogramm zur Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Dies kommt jedoch nicht von allein, es erfordert Kampf gegen die Ausbeuter und ihre Handlanger, d.h. gegen den Kapitalismus. Erika Beltz

Sie lügen wie gedruckt. Wir drucken, wie sie lügen. www.jungewelt.de/testabo Abotelefon: 030 53 63 55 50 3 WOCHEN GRATIS! junge Welt

Hartz IV = ein asoziales Unrechtssystem

Ganze 38 Euro sind bei Hartz IV im Regelsatz enthalten für „Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung“. Diese Pauschale liegt nach Berechnung von Experten bereits etwa 26% unter den realen Stromkosten. Sie reicht also weder für Strom, noch können davon andere notwendige Reparaturen o. ä. bezahlt werden. Durch die geplante CO₂-Steuer werden die Energiekosten weiter drastisch steigen. Hartz-IV-Empfängern nützt da auch keine Pendler-Pauschale. Sie können sich auch keine energiesparenden Geräte kaufen. Und wer nicht zahlt, dem wird der Strom abgestellt: 2018 geschah dies in knapp 300.000 Haushalten. Dass auch die für Nahrungsmittel vorgesehenen 150 Euro bei weitem nicht reichen, ist ebenfalls belegt: Hartz IV bedeutet Mangelernährung. Hartz-IV-Bezieher werden auch ohne die verfassungswidrige Drangsaliererei mit Sanktionen, Auflagen und Schikanen ihrer Menschenwürde beraubt. - Zusammengefasst: die BRD ist ein asozialer Unrechtsstaat.





„Kuba ist weltweiter Spitzenreiter bei Förderung und Schutz der Rechte des Kindes.“

María Cristina Perceval, Regionalbeauftragte der UNESCO für Lateinamerika und die Karibik

Schon José Martí, Kubas großer Poet, Freiheitskämpfer und Nationalheld sagte: „Die Kinder sind die Hoffnung der Welt.“ Kubas Kinder strahlen es aus: sie wachsen behütet in einer Gesellschaft heran, die alles für sie tut. Materielle Knappheit und politische Anfeindung von außen konnten das Land nicht von seiner Politik für die Menschen abbringen. Wir wollen, dass das so bleibt und das Beispiel der Insel überall Nachahmer findet. Ihr könnt euch bei uns aktiv einbringen oder unsere ehrenamtliche Solidaritätsarbeit durch eine Spende unterstützen – an der Seite Kubas sind wir auf einem guten Weg!

Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V.  Maybachstr. 159, 50670 Köln · Tel. 0221-24 05 120 · info@fgbrdkuba.de
Spenden (steuerlich absetzbar) IBAN: DE96 3702 0500 0001 2369 00

Wohnungsbau: kapitalistisch oder sozial

Etwa 4000 Wohnungen fehlen in Gießen, bundesweit sind es einige Millionen. In der reichen BRD scheint es nicht zu klappen (oder man es nicht zu wollen).

Im armen, durch Boykott und Sanktionen gebeutelten Venezuela geht es. Im März 2011 hatte Hugo Chávez das Ziel gesetzt, innerhalb von sieben Jahren 2 Millionen neue Wohnungen zu bauen.

Bis Dezember 2015 war 1 Million erreicht worden, bis März 2018 die angestrebten 2 Millionen. Im Dezember 2019 waren sogar 3 Millionen

neue Wohnungen durch das staatliche Bauprogramm fertig gestellt.

Bis 2025 sollen weitere 2 Millionen entstehen.

Die Wohnungen werden praktisch kostenfrei zur Verfügung gestellt, allerdings ist ein Verkauf untersagt.

Die Vereinten Nationen zeichneten im Mai 2019 Venezuela als führend bei der Garantie zur Schaffung von Wohnraum für seine Bürger aus.

Zum Vergleich der Größenordnung: in der BRD leben 83 Millionen Menschen, in Venezuela weniger als halb so viel: 36,7 Millionen.



UZ-Sozialistische Wochenzeitung der DKP
 *Woche für Woche antikapitalistisch!*

6 Wochen kostenlos testen
www.unsere-zeit.de
 Hoffnungstr. 18, 45127 Essen
info@unsere-zeit.de

Wer verantwortet die merkwürdigen Methoden der Stadtbücherei?

Am 5.12.2019 erhielt ich eine Mahnung der Stadtbücherei (Kosten 1,80 Euro) verbunden mit der Aufforderung das ausgeliehene Buch umgehend abzugeben. Ich konnte mir das zwar nicht vorstellen, durchsuchte dennoch die ganze Wohnung auch an unwahrscheinlichen Stellen – ergebnislos. Also rief ich an, bekannte meine fruchtlose Suche und bekam die Aufforderung, das Buch dann zu ersetzen. Noch bevor ich dem nachkommen konnte, erhielt ich die 2. Mahnung, obwohl doch klar war, dass ich das Buch eh kaufen sollte.

Da ich krank war, bat ich einen Bekannten, mit neuem Buch (Preis 10 Euro) und den Mahnungen für mich zur Stadtbücherei zu gehen.

Dort legte man ihm das von mir ausgeliehene und ordnungsgemäß zurückgebrachte Buch vor mit der Bemerkung „Wasserschaden“.

Also waren die ganzen Mahnungen falsch! Ich hatte es sehr wohl rechtzeitig abgegeben.

Und der „Wasserschaden“ konnte nur mit sehr viel Phantasie entdeckt werden. Nur auf wenigen der 366 Seiten war das Papier an der Unterseite etwas gewellt – wann überhaupt und wo das passiert sein mag, weiß ich nicht. Das Buch war sonst vollkommen in Ordnung und weniger „beschädigt“ als andere Bücher, die man ausleihen kann.

Leider hat mein Bekannter die Sache auf sich beruhen lassen; lediglich auf eine Mahngebühr wurde verzichtet.

(Name ist der Redaktion bekannt)

Liebe Leserinnen und Leser, wenn Sie an weiteren Informationen interessiert sind, wenden Sie sich an uns.

Ich möchte:

- das Gießener Echo abonnieren
- das GE online abonnieren
- Infos bekommen
- Einladung zu Veranstaltungen

Name:.....

Anschrift:.....

Mail:.....

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 30 € im Jahr (inkl. Versandkosten). Konto (Sparkasse), IBAN: DE75 5135 0025 0000 1930 70, BIC SKGIDE5F. Druck: Gründruck
 Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet: www.dkp-giessen.de

**Redaktionsschluss für
 Februar-Echo: Mi., 22. Jan.**

Landeskonferenz der DKP Hessen

Am 14. Dezember fand in der Kongresshalle Gießen die Delegiertenkonferenz der DKP Hessen statt. Der alte - und neue - Vorsitzende Axel Koppey (Rödermark) betonte in seinem Referat die Bedeutung des Friedens für die Arbeiterklasse weltweit sowie die zunehmende Kriegsgefahr, die auch einen dritten Weltkrieg nicht ausschließt. Daneben befasste sich die Konferenz in der anschließenden Diskussion auch mit den bevorstehenden Klasseneinsetzungen im Hinblick auf die sich abzeichnende neue Wirtschaftskrise sowie mit der Umweltbewegung. Die großen Demonstrationen von Fridays for Future wurden in Hessen von der DKP unterstützt und dabei mit eigenen Materialien auf den immensen Klimaschaden hingewiesen, der von Militär und Krie-



gen verursacht wird. Klar abgelehnt wurde die beschlossene CO₂-Steuer, die die Verbraucher bezahlen müssen, während der Industrie mit den geplanten Klimapaketen dicke Profite garantiert sind. Einig war man sich über die Notwendigkeit, auf die meist jungen Menschen zuzugehen und mit ihnen zu reden. Viele seien noch in der irrigen Annahme, dass die Grünen eine Partei des Friedens und des Umweltschutzes sei. Nicht nur durch ihre Zustimmung zur Rodung des Hambacher Forstes habe sie sich entlarvt, sondern auch durch ihre ausdrückliche Bereitschaft zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Nicht ohne Grund setzten die Kapitalvertreter daher zunehmend auf Schwarz/Grüne oder Grün/Schwarze Koalitionen zur Durchsetzung ihrer Interessen.



Der neue Vorstand der DKP Hessen, der aus 20 Genossinnen und Genossen besteht, blieb fast unverändert. Zum stellvertretenden Vorsitzenden wurde Bernd Blümmel (Darmstadt) gewählt. Aus Gießen wurden Erika und Michel Beltz sowie Rainer Grabowski in den Vorstand gewählt, aus Marburg Herwig Selzer und aus dem Lahn-Dill-Kreis Pablo Graubner. E.B.

Nord-Stream-2-Sanktionen: Blutgrätsche gegen Berlin

...Nord Stream 2 ist zugleich ein strategisches Projekt nicht nur der deutschen Industrie, sondern auch der deutschen Politik. Die Leitung wird nicht nur russisches Erdgas nach Deutschland bringen, das immer noch deutlich billiger ist als US-Flüssiggas. Zusammen mit Nord Stream 1 liefert sie mehr Gas, als die Bundesrepublik verbraucht. Das heißt: Sie macht Berlin zum Verteiler russischen Erdgases in Westeuropa, verschafft den deutschen Eliten also zusätzlich Macht.

Der US-Versuch, den Bau der Leitung in letzter Minute noch zu verhindern, ist ein Angriff auf strategische Interessen der Bundesrepublik. Das macht die Sache für die Bundesregierung brisant. Dies umso mehr, als Berlin gerade schwer Druck macht in Sachen „strategische Autonomie“. Die Verteidigungsministerin dröhnt, ein „Land unserer Größe“, mit „unserer geostrategischen Lage und unseren globalen Interessen“ müsse nun end-

lich global die „Initiative ergreifen“, auch militärisch – sonst „verzweigen wir uns selbst“. Der Außenminister verkündet, „Europa“ müsse außenpolitisch „geschlossener, strategischer handeln“. Die EU-Kommissionspräsidentin behauptet, „die Welt“ benötige „unsere Führung mehr denn je“: „Wir können diejenigen sein, die die Weltordnung zum Besseren hin formen. Dazu ist Europa berufen.“ Dazu freilich benötige die Union nun die „Sprache der Macht“.

Und da grätscht die Trump-Regierung, die dem deutsch-europäischen Weltmachtstreben eh schon einige Dämpfer zu verpassen sucht, in ein strategisches Projekt der deutschen Eliten hinein? Machtpolitisch ist das aus Sicht Berlins eine krasse Provokation. Denn müsste die Bundesregierung klein beigeben, käme Nord Stream 2 nicht zustande, dann hätte man nicht nur Milliardensummen in den Ostseesand gesetzt; es läge auch für alle Welt offen zutage, dass es mit

der „Sprache der Macht“, mit „Europas Berufung“ nun doch nichts ist. Das käme der Trump-Regierung gewiss recht, nicht aber den deutschen Eliten. Es wird also spannend. Kanzlerin Angela Merkel, die transatlantische Eskalation mit all ihren Risiken noch fürchtend, erklärt, sie wolle Gegensanktionen vermeiden und lieber mit Washington verhandeln. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen will Anfang Januar mit Trump persönlich sprechen. Ausgerechnet eine Grünen-Politikerin, die Bundestagsabgeordnete Franziska Brantner, fordert den Generalangriff auf den US-Dollar: Man müsse den „Euro zur Leitwährung“ machen. Es zeigt sich: Der Wille zur Weltmacht ist da. Doch bleibt die Frage, ob Berlin und die EU auch, wie von der Leyen es formuliert, genügend „Muskeln“ haben, ihn politisch zu realisieren. Jörg Kronauer gekürzt aus UZ vom 3.1.20. Ganz zu lesen: <https://www.unsere-zeit.de/blutgraetsche-gegen-berlin-122361/>

2020: Bitte die Abogebühren bezahlen - und bitte spenden

Die benötigen wir dringend, um das Gießener Echo auch in Zukunft in dieser Auflage herausbringen zu können. Zudem hat die Post gerade das Porto um 20% erhöht.

Diese Bitte richtet sich auch an unsere Online-Leser. Das Gießener Echo ist verlässlicher Partner im Kampf gegen Krieg und Sozialabbau, gibt Informationen, die andere verschweigen und unterstützt viele Gießener linke Organisationen und Initiativen in ihrer Arbeit.

Sparkasse Gießen, IBAN: DE75 5135 0025 0000 1930 70.

Es grüßt mit herzlichem Dank die Echo-Redaktion

Aufmarsch der „Rechten“ in Gießen stoppen!

Leisten wir antifaschistischen Widerstand!

Marco Wruck, Landesbeauftragter der neofaschistischen Partei „Die Rechte“ aus Sachsen, hat eine Demonstration für den 15. Februar 2020 in Gießen angemeldet. In Hessen ist eine Parteigründung der Partei „Die Rechte“ bisher gescheitert. „Die Rechte“ wurde am 27. Mai 2012 in Hamburg gegründet. Beteiligt an der Gründung waren Kräfte aus freien Kameradschaften um Christian Worch und ehemalige Mitglieder der DVU. Zum einen wollte die Partei Kritiker der Fusion von DVU und NPD auffangen. Zum anderen sollte die Parteigründung Mitgliedern der am 23.08.2012 verbotenen Gruppe „Nationaler Widerstand Dortmund“ (NWDO) einen Rückzugsraum schaffen.

Die Rechte hat wohl auch in anderen Städten Demonstrationen angemeldet. Einzelheiten sind bisher aller-

dings nur für Gießen bekannt. Nach Informationen aus Twitter und Facebook liegt eine Anmeldung für Gießen vor und das Kooperationsgespräch mit dem Ordnungsamt Gießen hat bereits 2019 stattgefunden. Obwohl wohl mehrere Routen angemeldet wurden, sind zwei Eckpunkte bekannt: der Bahnhof und das Hauptgebäude der Universität. Um Widerstand gegen den faschistischen Aufmarsch zu organisieren haben sich in Gießen zwei Bündnisse gebildet, welche ihre Aktionen koordinieren: die „Antifaschistische Basis Gießen“ und „Gießen bleibt bunt“. Es sind für den 15. 2. schon mehrere Kundgebungen und eine Demonstration angemeldet. Die Demonstration soll vom Bahnhofsvorplatz um 11 Uhr starten. Wir sind alle aufgerufen uns den Faschisten entgegenzustellen! Henning Mächerle

Presseerklärung der DKP: Stoppt den Kriegskurs der USA

Zu dem US-Raketenangriff auf den Flughafen Bagdad (Irak) und der gezielten Tötung des iranischen Generals Kassem Soleimani erklärt Patrik Köbele, Vorsitzender der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP): „Dieser Raketenangriff ist ein feiger Mord und ein völkerrechtswidriger kriegerischer Akt gegen den Irak. Die USA fahren gegenüber dem Iran einen Kriegskurs, der die Gefahr einer massiven Eskalation beinhaltet. Wir fordern die Bundesregierung auf, sich diesem Kriegskurs entgegenzustellen. Sie muss diesen Überfall und Mord verurteilen. Dazu ist umgehend der US-Botschafter einzubestellen. Jegliche Unterstützung des Kriegskurses der USA ist zu beenden. Das bedeutet: Sofortiger Ausstieg der Bundesrepublik Deutschland aus der Vorbereitung des US-Manövers „Defender 2020“, bei dem 37.000 US- und NATO-Soldaten an der russischen Grenze aufmarschieren sollen.“

Jeden Montag, 18 bis 19 Uhr

bei den 3 Schwätzern:

Protest gegen Hartz IV



blog.unsere-zeit.de

www.dkp-hessen.de

www.dkp-giessen.de

DKP-Gießen auch bei facebook



IPPNW: US-Drohnenangriffe aus Ramstein untersagen

IPPNW (Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges/Ärzte in sozialer Verantwortung) hierzu: Es ist möglich, dass der Drohnenangriff aus dem US-Stützpunkt Ramstein in Deutschland gesteuert wurde. Daher wäre es eine konkrete Maßnahme zur Verhinderung des Krieges, weitere Angriffe aus Deutschland zu untersagen... „Eine militärische Antwort auf diesen Anschlag führt nur zum Krieg mit den USA. Ein Krieg zwischen den USA und dem Iran wird desaströse humanitäre Folgen für alle Beteiligten haben. Die Bundesregierung muss dem Iran zusichern, dass sie entschlossen alles in ihrer Macht stehende gegen weitere US-Angriffe tut.“ Es ist zu befürchten, dass die USA es nicht bei einem einzelnen Anschlag belassen. Der US-Verteidigungsminister sprach am Donnerstag von „Präventivschlägen“ im Irak und in Syrien. Wenige Stunden später folgte der Angriff auf Soleimani.